

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Max Schölerer  
Herausgeber: Max Schölerer  
Für die Redaktion: Max Schölerer  
Druck: Max Schölerer

Verlagsnummer: 1000  
Anzahl der Exemplare: 1000  
Anzahl der Abonnenten: 1000

Verlag: Max Schölerer & Co.  
Hauptstadt: Dresden  
Telefon: 1000

## Reichskanzler Brüning vor der Weltpresse

### „Der Zwischenzustand muß beendet werden“

Genf, 28. April. Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute Abend die Vertreter der Weltpresse, um sich vor ihnen über seine Genfer Besprechungen zu äußern. Er erklärte einleitend, er sei nach Genf gekommen, nicht, um in die öffentliche Debatte des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz einzugreifen, sondern um mit den führenden Staatsmännern der verschiedensten Nationen sich über die schwebenden wichtigsten Fragen zu unterhalten. Er verspreche sich von solchen Unterredungen immer außerordentlich viel, und auch diesmal sei der Boden für eine ganze Anzahl von Fragen geklärt worden. Er habe außerordentlich bedauert, daß der französische Ministerpräsident erkrankt sei, zumal infolge dieser Erkrankung die Besprechungen in dieser Woche nicht fortgesetzt werden können. Die deutsche Stellung in der Abrüstungsfrage habe sich nicht verändert.

Deutschland halte an seinem Standpunkt der Gleichberechtigung und an der Notwendigkeit einer tatsächlichen Abrüstung fest.

Darüber sei sich das deutsche Volk durchaus einig, so groß auch sonst die Parteipolarität sein möge. Der Reichskanzler betonte den Zusammenhang der politischen und wirtschaftlichen Fragen, die gegenwärtig die Welt bewegen, und wies darauf hin, daß man auch in der Reparationsfrage den Tatsachen ins Gesicht sehen müsse. Es handele sich nicht nur um wirtschaftliche und technische Dinge, sondern darum, die psychische Grundlage für ein größeres Vertrauen der Völker zu schaffen. Man sollte sich nicht dadurch entmutigen lassen, daß die Dinge nicht so schnell geklärt werden können, wie man es wünschen möchte. Die Tatsachen hätten ein ganz außerordentlich schnelles Tempo angenommen, und ihm müsse sich auch das Tempo der Reparationen anpassen, wenn die Lösungen nicht zu spät kommen sollten.

Der Reichskanzler warnte vor einer zu langsamen und nicht völligen Lösung der angeordneten Fragen.

Deutschland wolle, daß die Probleme nicht allein von Deutschland gelöst werden können und daß eine internationale Zusammenarbeit und insbesondere die Mitarbeit Frankreichs heute notwendiger sei denn je. Man müsse heute Schluss machen mit dem Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden und zu einem wirklichen, auf freier Verhandlung beruhenden Frieden gelangen. Man dürfe nicht vergessen, daß die erreichte politische Stimmung in Deutschland zu einem ganz großen Teil

zurückginge auf die wirtschaftliche Not, die auf dem deutschen Volk lastet und darauf, daß Deutschland in allgemeiner politischer Hinsicht allzu viele Enttäuschungen zu gemeldet worden sind. Das deutsche Volk, so betonte der Reichskanzler zum Schluss, sei in jeder Beziehung ein friedliebendes Volk und von der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit überzeugt. Diese Haltung werde ihm aber erleichtert werden, wenn man ihm Gerechtigkeit widerfahren lasse und ihn in schwierigen Augenblicken Hilfe leiste. Dann werde Deutschland ein starker Garant des Weltfriedens sein.

### Neues Genfer Treffen am 18. Mai

Genf, 28. April. Reichskanzler Dr. Brüning verläßt in Begleitung von Staatssekretär Dr. v. Bülow und Ministerialdirektor Dr. Fehlin morgen vormittag Genf. Er wird am Sonnabend früh 8,47 Uhr am Potsdamer Bahnhof in Berlin eintreffen.

Der deutsche Vorkonzert in Paris, v. Hoesch, ist heute hier eingetroffen und von Dr. Brüning empfangen worden. Er wird den Reichskanzler morgen bis nach Basel begleiten.

Nach Mitteilung von englischer Seite besteht der Plan einer neuen Zusammenkunft zwischen Brüning, MacDonald und MacDonald in der Woche nach Pfingsten.

Vorläufig ist der 18. Mai dafür in Aussicht genommen. Es soll dann verhandelt werden, diejenigen Fragen zu behandeln, die jetzt infolge der Erkrankung Lardoux nicht eingehend durchberaten werden konnten. Man nimmt auf englischer Seite an, daß in dieser Besprechung vor allem die Grundfragen der Abrüstung, die Frage der Gleichberechtigung Deutschlands und die französischen Internationalisierungspläne behandelt werden sollen.

Die Abrüstungskonferenz wird während der Pfingstferien ihre Arbeiten vom 18. bis 17. Mai für vier Tage unterbrechen.

### Die Einladung nach Lausanne angenommen

Berlin, 28. April. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung die durch den britischen Vorkonzert übermittelte Einladung zur Lausanner Konferenz am 16. Juni angenommen. Die Reichsregierung hat sich gleichzeitig damit einverstanden erklärt, daß die Einladung der kleineren Staaten durch die britische Regierung erfolgt.

### Krieg der goldenen Kugeln

Es wird vielfach gegen die nationale Opposition der Vorwurf erhoben, sie leugne die Weltwirtschaftskrise und wolle dadurch die herrschenden Parteien mit einer Verantwortung belasten, für die diese nicht haftbar gemacht werden könnten. Dieser Vorwurf ist unrichtig. Er beruht auf ganz falschen Meinungen über die politischen Ansichten der deutschen Nation. Es betreibt niemand in Deutschland, daß die Weltwirtschaftskrise ihren tiefsten Ursprung im Weltkrieg hat, auf den, wie übrigens auf jeden Krieg, infolge des Warenhungers, der während dieser Zeit nicht gestillt werden konnte, ein wirtschaftlicher Aufschwung folgte, der aber infolge Überproduktion der Erzeugung namentlich von Rohstoffen schließlich in eine Depression umschlugen mußte, auf die bisher gelegentlich nach einiger Zeit eine erneute Blüte des Wirtschaftslebens zu folgen pflegte. Daß es dazu nicht gekommen ist, daß vielmehr die Depression in eine Krise von geradezu katastrophalem Ausmaß ausartete, die mit den Verheerungen schließlich auch die Sieger in den Abgrund zu reißen droht, ist Schuld und Fehler der verantwortlichen Regierungen. Die besondere Schwere der deutschen Krise, die weit gefährlicher ist als die Schwierigkeiten der anderen Länder, ist insbesondere unmittelbares Verhängnis der herrschenden Parteien, deren finanz-, wirtschafts- und steuerpolitischen Experimente selbst eine gesunde und erst recht eine durch die Weltdepression geschwächte Wirtschaft ruinieren mußten. Hinzu kommt die Verwerflichkeit unserer Regierungspolitiken. Tribute so lange als leichtfertig aufgenommenen Anleihen zu zahlen, bis dadurch Deutschland so überschuldet wurde, daß es heute Zinszahlungen an das Ausland zu leisten hat, die den Tribut der Höhe nach fast gleichkommen und die selbst nach Einstellung der Reparationen die dauernde Belastung einer wirtschaftlichen Ausbeutung Deutschlands so lange bestehen lassen, bis eine zielbewusste Regierung in Deutschland die richtigen Schritte durch eine Verhandlung mit den Gläubigern auf ein erträgliches Maß herabsetzt.

Der Vorwurf, der gegen die Regierungsparteien zu erheben ist, ist also ein doppelter. Er bezieht sich auf die innere Wirtschaftspolitik und auf die Außenpolitik. Auf letzterem Gebiet muß dem herrschenden System vorgeworfen werden, daß es eine von Anfang an falsche Tribut- und Schuldenpolitik getrieben hat, und daß es in seiner Nachgiebigkeit gegen Frankreich dessen Finanzkrieg, der schließlich alle Staaten in eine katastrophale wirtschaftliche Krise stürzte, indirekt gefördert hat. Es ist deshalb sehr wertvoll, aus dem Munde des in seiner Heimat großen Ansehens genießenden englischen Finanzfachverständigen Paul C. G. die Ansicht zu hören, daß Tribute, internationale Schulden und vor allem Frankreichs Finanzkrieg gegen die ganze Welt schuld an der Verhängung der Depression zu einer Krise ist, die die ganze Welt an den Rand einer Katastrophe treibt. Was man der nationalen Opposition bezüglich ihrer Ansichten über Weltwirtschaftskrise nicht ausgelassen will, wird man vielleicht einem Engländer glauben, der ja, wie die Stimmen aus Rußland und Italien hinreichend beweisen, mit seiner Ansicht weder in England noch in den übrigen, von Frankreichs Finanzkrieg betroffenen Ländern allein dasteht. Seine feindseligen geschriebenen Bücher\*) sind für uns Deutsche von außerordentlicher Bedeutung, weil sie mit schärfster Logik und unüberleglichem Tatsachenmaterial vom angelsächsischen Standpunkt aus beweisen, daß die chaotischen Zustände auf den Märkten der Welt von Frankreich verursacht wurden, und weil sie vor allem dazu beitragen, die davon betroffenen Staaten gegen den Weltfriedensfriede anzuregeln. Wäre dann Deutschland, das von diesem Krieg mit goldenen Kugeln ja nach Frankreichs Willen am schwersten betroffen worden ist, daraus die notwendigen außenpolitischen Folgerungen ziehen. Vor allem tut und noi, zu erkennen: Die Weltwirtschaftskrise ist keine Naturkatastrophe, vor der wir Menschen, wie etwa vor einem Erdbeben hilflos stehen; sie ist auch keine Krise der Privatwirtschaft, wie sozialistische Doktrinaire behaupten, sondern die Folge der Tribut- und internationalen Schuldenpolitik die von Frankreich dazu benutzt wurde, um zur militärischen auch noch die politisch-finanzielle Vorherrschaft über Europa zu errichten. Um Deutschland nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich ohnmächtig zu halten, hat

\*) Deutsche Ausgaben: „Der Krieg der goldenen Kugeln“ und „Das Schicksal des Hundes.“ Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin.

## Freuefundgebung des Saargebietes

### Erste Sitzung des neuen Landrats

Saarbrücken, 28. April. Der am 18. März neugewählte Landrat trat am Donnerstagvormittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Mit 20 gegen 8 kommunistische Stimmen wählte das Haus zu seinem Präsidenten den Zentrumabgeordneten Scheuer, der dieses Amt schon seit einigen Jahren ausübt. In der allgemeinen Aussprache über die Lage des Saargebietes war man sich von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten einig in der Meinung,

daß das Saargebiet so schnell wie möglich nach vor dem Jahre 1935 an das Reich zurückgegeben werden müsse.

Einstimmig wurde die Aufhebung aller Gesetze und Verordnungen gefordert, die mit Rücksicht auf die französischen Wirtschaftsinteressen erlassen seien. Als Beispiel der französischen Druckmittel wurden angeführt der französische Schienen wurde angeführt, daß unter den 200 Bergleuten, die auf Grube „Dorschenbach“ entlassen wurden, sich kein einziger Saarländer und Vertreter von Schülern der Dominikschule befand.

Abgeordneter Schmeißer teilt mit, daß der Haushalts der Regierungskommission für die Förderung des kulturellen französischen Unterrichts 100 000 Franken vorhe. Zur Förderung des „Völkerbundsgebäude“ seien ebenfalls 65 000 Franken eingelegt.

Aus dem Haushaltsplan gehe nicht hervor, was das Deutsche Reich für das Saargebiet leiste,

auch nicht, daß das Reich jährlich 63½ Millionen Franken für die Kriegsschadhaften und Kriegerverwundeten im Saargebiet zahle. Die Aufstellung dieses Haushalts sei ein Teil des französischen Willens der Regierungskommission Marquet. Sollte der neue Präsident der Regierungskommission ebenso wie sein Vorgänger die Interessen Frankreichs wahrnehmen, dann könne die Vertretung der Saarbevölkerung nicht mit ihm zusammenarbeiten.

### Dreimächteschritt in Rom

Rom, 28. April. Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens trafen heute den Minister des Auswärtigen von der Auffassung ihrer Regierungen hinsichtlich der Wahlen zum Weimarer Landtag in Kenntnis, die folgende Punkte betreffen:

1. Die Ernennung und die Tätigkeit der Wahlkommission muß unter gerechten Bedingungen gewährleistet werden.

2. Das Recht der Abstimmung darf nur Personen gewährt werden, die einen festen Wohnsitz im Gebiet von Weimel haben.

3. Während der Wahlen muß Gewähr für Presse- und Versammlungsfreiheit bestehen.

Der Minister des Auswärtigen erklärte, die litauische Regierung stimme mit der Auffassung der Signatarmächte vollkommen überein. Er habe schon vorher alle Maßnahmen ergriffen, die er für nötig halte, um die Freiheit und Unverletzlichkeit der in einigen Tagen stattfindenden Wahlen zu gewährleisten.

In Berliner politischen Kreisen hat die Erklärung des litauischen Außenministers Erklaunen hervorgerufen. Bis jetzt ist nicht beobachtet worden, daß den Forderungen der Signatarmächte durch irgendwelche Maßnahmen litauischerseits Rechnung getragen worden sei. Die Wahlkommissionen (Wahlkommissionen) sind nach wie vor vorwiegend einseitig mit großlitauischen eingetragenen Personen besetzt und üben auf dieser Grundlage ihre Tätigkeit aus. Die Eingriffe von Litauern am 16. März der bekannten, plötzlich vor der Wahl erlassenen Verordnungen, welche u. a. die Voraussetzung des einjährigen Wohnsitzes zur Erlangung des Bürgerrechts abgeschafft haben, sind nicht rückgängig gemacht worden und gehalten, das normale Wahlbild hinsichtlich zu verändern. Zur Durchführung der angeblich gewählten Versammlungsfreiheit genügt es, auf die Vorfälle hinzuweisen, die in den letzten Tagen in Schmalentinken und Weimel sich bei den Versammlungen deutschemittelländischer Parteien abgepielt haben.

### Der Völkerbund für Sonnabend einberufen

Genf, 28. April. Die heutige Sitzung des Neunzweihundertauschusses für den Chinesisch-japanischen Konflikt hatte das überraschende Ergebnis, daß die Völkerbundversammlung am kommenden Sonnabend vormittag zur Annahme der Entschließung über die Chinesisch-japanischen Verhandlungen einberufen wurde.

Wie verlautet, hat sich Japan nunmehr damit einverstanden erklärt, daß die Chinesisch-japanische Kommissionsformel über die Befugnisse der Gemischten Waffenstillstandskommission in der Räumungsfrage auch in den Text der Entschließung aufgenommen wird, so daß deren einstimmigen Annahme nichts mehr im Wege stehen dürfte.

Heute: **D.N.**  
Der D.N.-Kraftfahrer  
Seite 13 und 14